

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsändern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Preis: 20 Pfennig für den Monat (halbjährlich 1,20 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2, / Geschäftsstelle und Expedition: Eisenbahnstr. 2 / Fernsprechnummer 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 13 555, Emil Schlegel-Str. 17, Dresden-2, / Fernsprechnummer: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die einmal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Restzeile anschließend an den dreigespaltrigen Textteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-2, Eisenbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Preiskategorie kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bewoospreises

3. Jahrgang Dienstag, den 8. Februar 1927 Nummer 32

Zusammenkunft Stresemann-Mussolini Der Faschismus vor der Tür

Hezz Stresemann will sich von den anstrengenden Strapazen seiner letzten Regierungstätigkeit an der Riviera erholen. Kurz vor seiner Abreise hat er sich den deutschen Botschafter in Paris, Herrn von Hoops, nach Berlin kommen lassen. Ueber die dort geführte Aussprache herrscht Stillschweigen. Jedoch erzählt man, daß Stresemann an der Riviera, in der Nähe von Rapallo, eine Zusammenkunft mit Mussolini haben will. Die Unterredung kann also nur den Zweck gehabt haben, darüber Informationen zu erhalten, wie eine solche Zusammenkunft in Paris wirken werde. Mussolini geht seit der großkapitalistischen Schwärzung seiner Politik bekanntlich gegen Frankreich, an der Seite Englands. Er hofft mit der britischen Unterstützung seine Pläne im Mittelmeer durchzuführen zu können. Eine solche Unterredung zwischen Stresemann und Mussolini könnte also in Frankreich über aufgenommen werden.

Sicherlich will Stresemann, der in Tholen ein Bündnis mit den Franzosen geschlossen, jetzt auch mit England und Italien wieder eine festere Bindung herbeiführen. Jedoch dürfte Herr Stresemann auch die innerpolitische Lage Deutschlands zu einer Unterredung mit Mussolini Veranlassung geben. Mussolini hat die Gewerkschaften gebunden, die Arbeiterbewegung ist zerschlagen. In Deutschland stehen wir vor erneuten Wirtschaftskämpfen, England wurde von dem Bergarbeiterstreik gezeichnet. Was liegt näher, als daß man nach Italien schief und sich erkundigt, wie man es fertig bringt, mit den Arbeitern auszuwachen, sie dabei aber so zu täuschen, daß sie nicht in hellen Farben ausfallen und sich empören. Chamberlain hat das Rezept mit nach Hause genommen und die faschistische Gewerkschaftspolitik als die maßgebendste der Welt verkündet, maßgebend für die Kapitalisten.

Das läßt die deutschen Kapitalisten keine Ruhe. Stresemann muß auch das Rezept studieren. Verkündete Chamberlain, daß man mit ein wenig mehr Demokratie den Faschismus nach England tragen könne, weshalb sollte das nicht in Deutschland geschehen. Sind doch die deutschen Gewerkschaftsführer bereit, haben sie doch schon die Gewerkschaftsbund eingeleitet, damit die Unternehmer die Gewerkschaftsgelder für ihre Geschäfte erhalten. Die Gewerkschaftsführer finden kein Wort über die Defektion der Italiener zum Faschismus.

Stresemann macht Studien zur Durchführung des Faschismus. Die Arbeiter müssen aufpassen, daß sie diese Ferienreise nicht zu teuer bezahlen.

Laten eines republikanischen Ministers

Wer nicht zur Feine schwört, wird geachtet.
Berlin, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)
Ueber die republikanische Treue des Innenministers von Reudell macht das Blatt des Jungdeutschen Ordens, der „Jungdeutsche“, einige Mitteilungen. Danach wurde der Führer des Jungdo, wohnhaft im Gebiet des Herrn von Reudell, mit Zustimmung des Reudell von seinen Standesgenossen mit der Gesellschaftsliste belegt, weil er die Stellung illegaler Regimenter nicht mitmachen wollte.

Die Reichsbannerkameraden

Dortmund, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)
Auf der Gauleitung des Reichsbanners am Sonntag in Dortmund erklärte Hörsing, daß Marx und Köhler Reichsbannerkameraden seien. Sie bildeten die feste Gewähr, daß die reaktionäre Politik im Kabinett nicht aufkäme.
Der Sozialdemokrat Hörsing stellt sich schließend vor die Wahl, ob er die Reichsbanner an die Seite der sozialdemokratischen Organisationen für die Regierung als Schutztruppe anerkennen will. Die proletarischen Arbeiterkollegen im Reichsbanner müssen diesen Plänen, zu einer Schutztruppe des Reichsführers, Herrn von Reudell, zu werden, entschieden ablehnen.

Wie die Deutschnationalen zur Verfassung stehen

Verstärkte Bestrebungen zur Monarchie.
Berlin, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)
In der Kreuzzeitung schreibt der deutschnationale Abgeordnete Goebding, daß die Deutschnationalen die sogenannten Richtlinien über die Anerkennung der Republik und Anerkennung der Weimarer Verfassung nur mit dem Munde vorgenommen hätten und immer noch überzeugt seien, daß die Verwirklichung des legitimistischen Gedankens schleunigstens durchzuführen sei. Daß die Deutschnationalen dem Kabinett ihre Stimme gaben, sei nur ein Akt der Kameradschaft gegenüber den deutschnationalen Ministern gewesen. Daß die Ablehnung für die Regierungserklärung ein Bekenntnis zur Reichsgültigkeit der Weimarer Verfassung gewesen sei, sei eine demagogische Einseitigkeit.

„Amerikanisierung“ des ADGB

Nach dem Vorbild der Compers-Gewerkschaften in Amerika hat der ADGB die „Arbeiterbank“ gegründet, in der jetzt die Beiträge der Gewerkschaftsmitglieder angeammelt werden. Wenn die Konzentration der Gewerkschaftsgelder in einem großen Sammelbecken den Zweck hätte, diese Gelder in Zeiten ohne große Wirtschaftskämpfe im Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Bewegung zu verwenden unter der Voraussetzung, daß sie bei Kämpfen sofort für die Unterstützung der Streikenden flüssig gemacht werden können, dann wäre dagegen vom Klassenstandpunkte der Arbeiterschaft nichts einzuwenden. Der Zweck der Arbeiterbank ist aber entgegengesetzt. Die Festlegung der Gelder durch die Arbeiterbank ist die beste Gewähr dafür, daß diese nicht zu Kämpfen der Arbeiterschaft verwendet werden. Im Auftrage des ADGB-Vorstandes üben sich die Direktoren der „Arbeiterbank“ an kapitalistischen Finanzoperationen und machen Börsenspekulationsgeschäfte. Die Gewerkschaftsbeiträge werden in Aktien kapitalistischer Unternehmungen umgewandelt, die in den Tresoren der „Arbeiterbank“ aufbewahrt werden. Den Kapitalisten werden die Gelder, die zum Kampf gegen sie bestimmt sein sollten, zur Durchführung ihrer „Rationalisierung“ zur Verfügung gestellt. Wer glaubt, daß bei Streiks die Kapitalisten der „Arbeiterbank“ ihre Aktien wieder abkaufen werden, damit diese den Gewerkschaften Streikgelder zur Verfügung stellen können, ist ein Narr. Die Anlegung der Gewerkschaftsgelder in dieser Weise erfolgt von den reformistischen Führern bewußt zu dem Zweck, jede Streikunterstützung auch in den Fällen zu verhindern, wenn man den Streik beim besten Willen nicht als einen „widern“ bezeichnen kann. Durch den Aktienbesitz sind die Arbeiter ja selbst an den Unternehmungen „beteiligt“, und mit dem Hinweis darauf ist es ja für die reformistischen Führer um so leichter, den Arbeitern begreiflich zu machen, daß der Streik für die Hebung ihrer Lebenslage nicht geeignet ist, weil es auch sinnlos sei, sich selbst zu bestreiten. Die allmähliche Enteignung der Kapitalisten durch den Aktienwerb mittels der Gewerkschaftsgelder ist ja nach der Ideologie der Leipart u. Co. der beste und sicherste Weg zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft. Mit dieser Illusion werden sich allerdings die Arbeiter nicht füttern lassen. Sie müssen darum kämpfen, daß ihre Gewerkschaftsbeiträge zur Führung der notwendigen Kämpfe bereitgehalten werden.

Wenn die reformistischen Gewerkschaftsführer den oben behandelten Zweck mit der Gründung der „Arbeiterbank“ nicht verfolgt hätten, dann wäre diese überflüssig. Für die von den Gewerkschaften angeammelten Gelder ist in den Arbeiterfondsumvereinen hinreichend Verwendungsmöglichkeit vorhanden. Der Zentralverband der Genossenschaften besitzt in der Bankabteilung der GEG die Organisation, die technisch für die Verwaltung des Geldes erforderlich ist. Bei der wirtschaftlichen Fundierung der Arbeiterfondsumvereine und der laufenden Verwendung des in Ware vorhandenen Vermögens der Genossenschaften in Geld ist keine Verwendung für Wirtschaftskämpfe — auch wenn diese größeren Umfang haben — jederzeit möglich. Verhandlungen über die Gründung einer gemeinsamen Bank der Genossenschaften und Gewerkschaften haben wiederholt und schon vor Jahren stattgefunden. Die formalen Gründe für das Scheitern dieser im Interesse der Arbeiterklasse liegenden Institution sind ohne Belang. Die Gewerkschaftsbureaufraße gebrauchte die „Arbeiterbank“ zur vollständigen Erdrosselung aller Arbeiterkämpfe und zur „Amerikanisierung“ der Gewerkschaften.

Inzwischen hat die „Amerikanisierung Fortschritte“ gemacht und der erste kapitalistische Betrieb ist von den Führern des ADGB „sozialisiert“. Am 1. Oktober 1926 wurde vom ADGB die „Büropa“ gegründet, und diese hat am 1. Januar die Firma „Krug u. Blotke“ in Leipzig übernommen, und deren Inhaber, „Genosse“ Blotke, ist als Direktor in die „Büropa“ eingetreten. Die Gründung der „Büropa“ war ebenso überflüssig wie die Arbeiterbank. Die Verlagsgesellschaft des Zentralverbandes deutscher Rotsumvereine, die bereits über eigene Produktionsbetriebe verfügt, war und ist in der Lage, den gesamten Bedarf der Gewerkschaften an Bureaubüchern, Maschinen und sonstigem Bureaubedarf zu decken. Die „Amerikanisierung“ hat hier wieder zu einer neuen Zersplitterung der Kräfte geführt, wo die enge Zusammenarbeit der Gewerkschaften und Genossenschaften sowohl geschäftlich wie politisch angesichts der Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterschaft

Der erste Schlag des Bürgerblods — gegen die Erwerbslosen!

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz vor dem Reichstag — Die SPD will dem Schandgesetz zustimmen

Kppd. Berlin, den 7. Februar 1927.
Wenn die drei Tage Regierungsdebatten in der vergangenen Woche noch einen Zweifel darüber gelassen hätten, daß die Regierung des Bürgerblods ein Kabinett der schlimmsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reaktion ist, der erste geschehene Schlag, den der Bürgerblod mit aller Bestleistung durchführt, ist die Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Das Gesetz, das in der Montagssitzung des Reichstages in erster Beratung zur Debatte kam, soll das Werk eines weiteren Abbaues und der weiteren Einschränkung der Erwerbslosensicherung vollenden werden.

Der Charakter dieses „Arbeitslosenversicherungsgesetzes“ ist in der kommunistischen Presse schon oft aufgezeichnet worden. Bis weit in die Reihen der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter hinein geht die Erkenntnis, daß mit diesem Gesetz eines der wenigen letzten Rechte beseitigt werden soll, die die Arbeiter im Jahre 1918 den Arbeitern abgerungen haben mußten. Das Gesetz legt an die Stelle der Erwerbslosenversicherung die Erwerbslosensicherung, d. h. die Arbeiter müssen durch Pflichtbeiträge die Kosten für die Erhaltung der durch die Nationalisierung aus dem Produktionsprozeß hinausgeworfenen Erwerbslosen selbst tragen. Und nicht nur die Beitragspflicht, auch die Befreiung der Unterhaltungsdauer, die Krankenzahlung und die Erfüllung der Anwartschaft auf Unterstützung nach dem Schandgesetz dieser „Versicherung“. Die Krone nach dem Schandgesetz aufgesetzt durch die Klassifizierung der Erwerbslosen in lieben Hungerklassen, womit unmittelbar ein ungeheurer Abbau der Unterstützungssätze gegenüber dem jetzigen Zustand der Erwerbslosensicherung durchgeführt wird.

Die Begründung dieser schamlosen Gesetzesvorlage gab am Montag der Reichsarbeitsminister Brauns. Er konnte sich in seinen Ausführungen darauf berufen, daß die Einführung der Erwerbslosensicherung nicht nur wiederholt durch Entschlüsse des Reichstages, sondern auch von den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter (von den Führern der Gewerkschaften und der SPD) verlangt wurde. Der Ueberbann von der Fürsorge zur Versicherung sollte auch den Ueberbann zur Selbstverantwortung (!) bringen. Die große Arbeitslosigkeit, wie man sie in den letzten Jahren erlebt habe, könne nicht allein durch Beiträge der Arbeiter und der Unternehmer gedeckt werden. Es seien Zuschüsse des Reiches, der Länder und Gemeinden notwendig. Trotzdem könne aber die Arbeitslosigkeit nicht in ihrem vollen Umfange verflucht werden. Unter dem Kreis der Versicherten sollen: 1. die Krankentafel-Versicherten, 2. die in der Angehörigenversicherung oder nach dem Reichsinvaliditätsgesetz Versicherten, und 3. die zur Beschäftigung Gehörigen. Für die Bemessung der Arbeits-

losenunterstützung werden sieben Klassen eingerichtet, und zwar: Lohnklasse 1 bei einem Wochenlohn bis zu 12 M., 2 von 12 bis 18 M., 3 von 18 bis 24 M., 4 bis 30 M., 5 bis 36 M., 6 bis 42 M. und 7 von mehr als 42 M. Wochenlohn. Die gewährte Hauptunterstützung beträgt in den Klassen 1 und 2 45 Prozent, in den Klassen 3 bis 5 40 Prozent und in den Klassen 6 und 7 35 Prozent.

Der Arbeitsminister rühmt an dem Entwurf, daß er besser sei als die sonst vorbildliche englische Arbeitslosenversicherung, die auf sechs Beitragswochen nur eine Unterstütlungswoche vorlehe während der deutsche Entwurf auf 26 Beitragswochen auch 26 Unterstütlungswochen, unter Umständen sogar 30 Unterstütlungswochen gibt. Nach der allerdings unüberprüften Statistik werden, wie selbst Brauns zugibt, etwa 30 Prozent der Erwerbslosen der Arbeitslosensicherung anheimfallen.

Die Voraussetzung für die Unterstützung kann, führte der Reichsarbeitsminister weiter aus, nur der öffentliche Arbeitsnachweis sein, der auch die Kontrolle ausübt. Gewerkschaftliche und sonstige Nachweise können nur auf ihren Antrag zurückgegriffen werden. An der Statistik, daß die Arbeitslosensicherung mit den Landesarbeitslosenstellen in Zusammenhang gebracht werden sollen, werde man bei der Beratung nicht vorbegehen können. Er würde sich freuen, wenn die Wünsche auf Sonderbehandlung der Landarbeiter in irgendeiner Form berücksichtigt werden könnten. Wenn der Entwurf auch nicht die Arbeitslosigkeit beseitigt, so sei er doch ein Fortschritt auf dem Wege des sozialen Rechts. (Beifall im Zentrum.)

Für die SPD verkündete Abgeordneter Brey, daß zwar dieses Gesetz nicht den bescheidensten Ansprüchen der Reichsoberleitung genüge, daß es die Unterstützung der Versicherten, daß es einen großen Teil der Landes- und Fortarbeiter ausschalt, daß die SPD aber diesem Gesetz zustimme.

Die Deutschnationalen schiden den reaktionären Wirtschaftsführer Rademacher, den lächlichen Arbeitern noch sehr wohl bekannt von der Industriellentagung in Dresden, vor. Er erklärt, die Arbeitslosigkeit sei durch die schamlose Einschränkung des Arbeitsstandortes entstanden. Die längere Arbeitszeit habe mit der Erwerbslosigkeit nichts zu tun. Der Staat dürfe kein Hilfsorgan sein. Eine Starvation müsse durchgeführt werden. Das wichtigste sei Arbeitsbeschaffung, jedoch durch Gewinnung des ausländischen Marktes, eine Hebung des inneren Marktes durch Erhöhung der Löhne sei nicht möglich, da die Preise dann steigen müßten. Höher sei überhaupt die Tatsache zu verzeichnen, daß durch die hohen Unterstütlungen sich Arbeitslosigkeit bei den Erwerbslosen einstelle.

Nach Rademacher sprach der Genosse Käßel, der in einer schärfen, aber sachlichen Rede das Arbeitslosenversicherungsgesetz als unannehmbar darlegte und an seiner Stelle eine ausreichende Erwerbslosensicherung forderte.

Ausperrung in der sächsischen Metallindustrie

Drohungen der Unternehmer.
Wie wir von unternichteter Seite erfahren, haben die sächsischen Metallindustriellen erklärt, daß, wenn die Freitagsfeier keine Aufnahme der Arbeit in Leipzig erfolge, werden sie in ganz Sachsen mit der Ausperrung antworten.
Jetzt erst recht dürfen die Metallarbeiter nicht nachgeben. Der Kampf muß auf der ganzen Linie aufgenommen werden. Die Metallarbeiter werden die Unterstützung der gesamten sächsischen Arbeiterschaft finden.